Sonntags-Ausgabe.

„Berliner Tageblatt“ erscheint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags, an welchem es nur in einer Morgenausgabe ausgegeben wird. Man abonnirt außerhalb Berlins bei allen Post-Anstalten des deutschen Reiches, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz, Italiens, Belgiens, Luxemburgs, der Niederlande (Holland), Dänemarks, Schwedens und Norwegens, Rußlands und der Donaufürstenthümer; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur per Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich. In Berlin abonnirt man bei der Haupt-Expedition, SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49; sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33; ferner bei allen Postämtern und Zeitungsspediteuren.
Chef-Redakteur: Arthur Levysohn in Berlin.

Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ und „Handels-Zeitung“, sowie das illustr. Beiblatt „ULK“, die feuilleton. Montags-Ausgabe „Zeitgeist“, die „Technische Rundschau“, die illustr. Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ und „Haus und Garten“ durch die Post bezogen vierteljährlich 5 M. 75 Pf. Ausland excl. Postaufschlag; für Berlin bei täglich zweimaliger Zustellung monatl. 2 M., vierteljährlich 6 M. Direct unter Kreuzband vierteljährlich: fürs Ausland 18 M., fürs Inland 14 M. Inseratenpreis 60 Pf. (General-Anzeiger 30 Pf.) werden i. d. Exped. SW. 19, Jerusalemerstr. 48/49, sowie deren Filialen: Leipzigerstr. 103, Ecke Friedrichstr.; Potsdamerstr. 33; Königstr. 56/57; Prinzenstr. 41; Alt-Moabit 138; Schiffbauerdamm 1; Große Frankfurterstr. 33, angenommen.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt.

Nummer 222. Berlin, Sonntag, den 3. Mai 1903. XXXII. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 36.

□ Politische Wochenschau.

Von
Arthur Levysohn.

Deutscher Reichstag und preußischer Landtag sind geschlossen. Diejenigen Kreise der politischen Bevölkerung, denen die Tätigkeit jener beiden Körperschaften nicht zur Genugtuung gereichte — und sie sind groß genug —, haben die Tatsache des Schlusses der Legislaturperioden mit einem „Uff“ der Erleichterung begleitet. Eine Träne weint beiden Volksvertretungen kaum jemand nach. Dennoch konnte mit einer gewissen Befriedigung konstatiert werden, daß noch in der Schlußsitzung des Landtages durch eine „Umstimmigkeit“ zwischen Herrenhaus und Abgeordnetenhaus der Regierungsentwurf über die Vorbildung der höheren Verwaltungsbeamten zum Scheitern gebracht wurde, ein Endergebnis, das durch die eigentümliche Verteidigung, die der Vorlage von Seiten des preußischen Ministers des Innern zu teil ward, wesentlich mitherbeigeführt worden ist.

Von den bevorstehenden Neuwahlen hofft man vielfach eine bessere Vertretung der liberalen Ideen. Ob mit Recht oder Unrecht, bleibe dahingestellt. Es liegt gewissermaßen, wenigstens was den Reichstag anbetrifft, im eigensten Interesse der Regierungen, dem immer ungeberdiger werdenden Agrariertum keinen Vorschub mehr zu leisten. Die Reichsregierung hat niemals verkannt, daß das auf den Export angewiesene deutsche Reich Handelsverträge brauche. Solche Verträge müßten aber gefährdet erscheinen, wenn die reaktionär-demagogischen Agrarier durch die Wahlen einen weiteren Machtzuwachs erhielten. Noch in zwölfter Stunde versuchten die Agrarier, im Reichstage sowohl wie im preußischen Herrenhause die handelsvertragsfreundliche Politik des Grafen Bülow ernstlich zu durchkreuzen. Der Vertreter des Reichskanzlers, Graf Posadowsky, lehnte mit nicht zu verkennender Schärfe die Zumutung ab, in gegenwärtiger Zeit sich auf eine parlamentarische Erörterung des Handelsvertragsthemas einzulassen. Und so konnte Kaiser Wilhelm seine Reise in das politisch befreundete Italien antreten ohne das Aktompagnement einer Debatte, die unseren Verbündeten am Tiber unfreundlich in die Ohren geklungen hätte.

Der deutsche Kaiser löst in Rom König Eduard VII. von England ab. Des Königs Aeußeres und seine ganze behäbige Natur ist nicht dazu angetan, die Herzen fremder Völker im Fluge zu erobern und zu stürmischen Sympathiekundgebungen Anlaß zu geben. Man mag über den wirklichen Wert solcher volkstümlichen Ovationen denken, wie man will, man kann sie sogar sehr gering bewerten, aber man wird doch zugestehen müssen, daß sie sich im gegebenen Momente als ein sehr verwertbares instrumentum regni darstellen. Die Konjekturalpolitiker von Beruf und Neigung haben es sich angelegen sein lassen, an der Mittelmeerreise des Königs von England, die ihn schließlich auch nach Paris geführt hat, nach Kräften herumzudeuteln. Selten kam noch das Goethesche Wort „Legt Ihr's nicht aus, so legt Ihr unter!“ so sehr zu seinem Rechte wie in diesem Falle. Zum ersten Male vielleicht in seinem Leben, meinte man, sei es Eduard VII. darauf angekommen, moralische Eroberungen zu machen. Und in der Tat, er hat es wenigstens in Paris erreicht, daß die nationalistischen Anglophoben, die vor seiner Ankunft ein furchtbares Gebell angeschlagen, sich in ihrer ganzen Ungefährlichkeit enthüllten. Sie haben es nicht einmal zu einer Demonstration der Abkehr bei den Parisern zu bringen vermocht. Anzunehmen, daß der König von England in Rom und Paris wirkliche politische Geschäfte habe einleiten und machen wollen, hieße, die historische Stellung des Königs wie sein Temperament gleich sehr verkennen. Ueber höchst unverbindliche Freundschaftsredensarten ging es bei den unvermeidlichen oratorischen Nachtischkundgebungen in Rede und Gegenrede nirgends hinaus.

Daß König Eduard auch im Vatikan seinen Einzug gehalten, darf den nicht wunder nehmen, der da weiß, wie sehr der Einfluß des Papsttums seit dem Verlust seiner weltlichen Macht überall gestiegen ist. Auch der deutsche Kaiser, der doch gewiß als ein ehrlicher Freund des Hauses Savoyen und des italienischen Königshauses gelten darf, hatte von vornherein in das Programm seiner Romreise den Besuch beim Papste einbezogen. In manchen deutschen Kreisen hat sich ein vielleicht übertriebenes protestantisches Bewußtsein gegen diesen Höflichkeitsakt aufgelehnt. Aber Graf Bülow, der ja den Kaiser nach Rom begleitete, wird die bevorstehende Visite des Kaisers bei Leo XIII. um so freudiger begrüßen, je weniger es ihm verstattet zu sein scheint, der katholischen Centrumspartei durch die Ausführung der Zusage im Betreff des Jesuitengesetzes schon jetzt die ersehnte Genugtuung zu bereiten.

Im Quirinal ist man weit entfernt, an dieser Deferenz für den greisen Leo Anstoß zu nehmen. Kaiser Wilhelm, der in ganz anderer Weise als König Eduard politische Ueberfracht in seinem Reisegepäck mitzuführen pflegt, wird sicherlich im Quirinal Gelegenheit finden, seinen Ideenreichtum zu verausgaben. Freilich dürfte jenen italienischen Zukunftspolitikern eine Enttäuschung nicht erspart werden können, die der Meinung sein sollten, Kaiser Wilhelm werde in Rom in Bezug auf die jetzt schwebenden Balkanangelegenheiten sich als ein Fürsprecher und Förderer gewisser albanischer Pläne erweisen, die selbst vom offiziellen Italien bis zum heutigen Tage keine Anerkennung gefunden haben. Deutschland hat auf dem Balkan keine direkten Interessen zu vertreten. Die zur Zeit vorherrschende Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland, die dem Sultan Reformen für die christliche Bevölkerung abnötigt, ohne doch seinen territorialen Besitz anzutasten, entspricht durchaus dem, was der deutschen Politik als erstrebenswert gilt. Jede Beeinträchtigung des status quo erscheint der Berliner Wilhelmstraßenpolitik vom Uebel. Freilich darf diese quietistische Anschauungsweise nicht auf zu harte Proben gestellt werden. Die furchtbaren Dynamitanschläge, deren Schauplatz soeben die Stadt Saloniki gewesen, sind stark dazu angetan, den halbamtlichen Optimismus zu erschüttern, an dem man bei uns seit dem Auftauchen der macedonischen Frage so überängstlich festgehalten. Wenn man daher auch die Pforte für das verantwortlich macht, was sich auf ihrem Gebiet abgespielt, so wird man auf der anderen Seite doch nicht umhinkönnen, den eigentlichen Urhebern jener mörderischen Attentate, den macedonischen Revolutionskomitees, die sich zumeist aus Bulgarien rekrutieren, mit allem Nachdruck zu Leibe zu gehen.

Die Volksphantasie, die die Vorgänge nur im al fresco-Stil anschaut, ist gern geneigt, den Ereignissen vorzugreifen. Und so zieht sie bereits eine bewaffnete Intervention, sei es Rußlands, sei es Oesterreich-Ungarns, bei der auch Italien nicht ins Hintertreffen gedrängt zu werden wünscht, voreilig mit in Berechnung. Noch ist, wie man glauben möchte, die Türkei stark genug, um der Aufrührer Herr zu werden. Und in Wien und Petersburg hegt man keinerlei Neigung, durch unvorsichtiges Eingreifen jene Konflagrationen herbeizuführen, die man um des lieben Friedens willen von Herzen gern vermieden sehen möchte.

Rußland insbesondere kann Verwickelungen im Balkan jetzt umsoweniger gebrauchen, als es eben seine Annektionsbatterien in der Mandschurei vorzeitig demaskiert hat. Die Bedingungen, die es China auferlegen wollte, um die feierlich zugesagte Räumung der Mandschurei zur Ausführung zu bringen, haben weder die Zustimmung des himmlischen Reiches noch die Billigung Englands, Japans und der Vereinigten Staaten erfahren. Die russische Diplomatie sah sich dem publizistischen Sturm gegenüber, den ihr Vorgehen erregt hatte, genötigt, einige Pflöcke zurückzustecken. Die englische und die amerikanische Presse kann die Verleugnung der russischen Pläne, zu der sich Graf Lamsdorff entschließen mußte, getrost auf ihr Siegeskonto schreiben. Damit ist nicht gesagt, daß das Zarenreich nun endgültig auf die Annektion der Mandschurei in mehr oder minder verschleierter Form verzichtet hätte. Im Gegenteil, Rußland wird nur langsamer und vorsichtiger zu Werke gehen, um das Ziel zu erreichen, das es sich in Ostasien gesteckt. Aber für den Augenblick dürfen die Pläne, die durch die Telegraphenkabel der nordamerikanischen und englischen Presse enthüllt wurden, als verlagt betrachtet werden.

Die Versuche, die man in London gemacht, Deutschland als den geheimen Begünstiger der russischen Eroberungsabsichten zu denunzieren, haben zu nichts anderem geführt, als die Mißstimmung grell zu beleuchten, die in der englischen Gesellschaft gegen alles, was deutsch ist, noch immer vorherrscht. Gewisse britische Politiker fühlen sich ebenso gehoben durch einen intimen Anschluß an Frankreich, den sie infolge des Besuchs Eduards VII. in Paris angebahnt zu sehen glauben, wie durch die Tatsache, daß das dem Parlament vorgelegte Budget eine beträchtliche Ermäßigung der Einkommensteuer und die Wiederabschaffung des Kornzolles in Aussicht nimmt. Dieses Budget ist allerdings ein glänzendes Zeugnis für die unermeßlichen Hilfsquellen und die gesunde Finanzwirtschaft, deren sich Altengland erfreut. Schade, daß wir in Deutschland diesem wirtschaftlichen Erfolge des britischen Kabinetts nicht etwas Aehnliches an die Seite zu setzen haben!

---

* Von einer merkwürdigen **Insubordination preußischer Behörden** gegen den Staatssekretär Grafen **Posadowsky** weiß die „Freis. Ztg.“ zu erzählen. Danach wären in verschiedenen Kreisen Wähler, die eine Abschrift von den Wählerlisten machen wollten, von den betreffenden Behörden daran gehindert worden. Auf den Hinweis der Wähler, Graf Posadowsky habe im Reichstage das Recht jedes Wählers, die Listen abzuschreiben, anerkannt, sollen die Behörden erklärt haben, Graf Posadowsky sei Reichsbeamter und habe den preußischen Behörden nichts zu sagen. Das klingt nicht eben wahrscheinlich; auch Beamte dürften wissen, daß Graf Posadowsky nicht nur Staatssekretär des Reichsamts des Inneren und Vertreter des Reichskanzlers, sondern auch preußischer Staatsminister ohne Portefeuille ist. Selbst wenn aber auch Graf Posadowsky den Herren Tschinowniks in Preußen nichts zu sagen hätte, so hat ihnen doch das preußische Oberverwaltungsgericht etwas zu sagen, das erst dieser Tage in einer Entscheidung das Recht des Wählers auf Abschriftnahme von der Wählerliste anerkannt und den Grundsatz aufgestellt hat: Jede Wahl, bei der dieses Recht des Wählers verletzt werde, sei ungültig.

Der Aufmarsch der Liberalen in Vor- und Hinterpommern.

Aus Köslin wird uns geschrieben:

Pommern galt seit Jahrzehnten als die Hochburg des konservativen Junker- und Agrariertums. Diese Hochburg ist aber besonders im letzten Jahrzehnt von seiten der Liberalen mit Sturm belaufen worden, zum Teil nicht ohne Erfolg. Zwar waren in der letzten Legislaturperiode von den 14 vor- und hinterpommerschen Kreisen nur vier in liberalem Besitz. Für die bevorstehende Reichstagswahl werden seitens der Liberalen aber nicht nur Anstrengungen gemacht, diese vier Wahlkreise zu erhalten, sondern es sind noch eine Reihe von Wahlkreisen ernsthaft in Angriff genommen worden, die zum Teil früher schon in liberalem Besitz gewesen sind.

Aus den jetzt in liberalem Besitz befindlichen Wahlkreisen ist hervorzuheben, daß in Stettin, wo Abgeordneter Brömel wieder kandidiert, der Wahlkampf kein leichter sein wird. Die Sozialdemokraten machen verzweifelte Anstrengungen, um den Wahlkreis, den sie von 1893 bis 1898 besessen haben, wieder zu erobern.

Amtsgerichtsrat Gaulke, der den Wahlkreis Ueckermünde-Usedom-Wollin seit dem Jahre 1898 vertritt, dürfte den Wahlkreis wiederum trotz des Ansturmes der Konservativen und der Antisemiten halten.

Höchst eigenartig haben sich die Parteiverhältnisse im Kreise Greifswald-Grimmen gestaltet. Nachdem vor zwei Jahren der liberale Bergrat Gothein in diesem bis dahin stocktonservativen Wahlkreise einen so glänzenden Sieg davongetragen hatte, hat sich alles, was reaktionär ist, für den kommenden Wahlkampf zusammengetan, um den Bergrat Gothein zu verdrängen. Dieser sitzt aber trotz oder vielleicht auch gerade wegen der gegnerischen Bemühungen fest im Sattel, und nicht zum mindesten hat ihm der Grimmer Landrat, Freiherr v. Maltzahn, die wesentlichsten Dienste geleistet, seinen Sitz zu befestigen.

Der vierte im liberalen Besitz befindliche Wahlkreis ist der hinterpommersche Kreis Schlawe-Bütow-Rummelsburg. Herr Hofbesitzer Steinhauer hat ihn im Jahre 1898 unter den schwierigsten Verhältnissen erobert. Die liberale Wahlarbeit ist in diesem ausgedehnten Wahlkreise bereits energisch aufgenommen worden. Es ist höchst wahrscheinlich, daß Steinhauer von neuem den Sieg erringt.

Zu den Kreisen, die von den Liberalen mit ernsthaften Kandidaturen bedacht sind, gehören die Wahlkreise Franzburg-Rügen, Anklam-Demmin, Pyritz-Saatzig, Kolberg-Köslin und Stolp-Lauenburg. Mit Ausnahme von Franzburg-Rügen, wo als gemeinsamer Kandidat aller Liberalen der volksparteiliche Professor Stengel-Greifswald aufgestellt ist, gehören alle Kandidaten dieser Wahlkreise der freisinnigen Vereinigung an.

In Franzburg-Rügen ist bei einiger Rührigkeit der Liberalen eine Stichwahl zwischen ihrem und dem konservativen Kandidaten, zu der schon im Jahre 1898 nicht viel gefehlt hat, durchaus möglich. Professor Stengel hat bisher überall, wo er gesprochen hat, einen ausgezeichneten Eindruck hinterlassen.

Der Wahlkreis Anklam-Demmin ist seit Beginn des Reichstages in konservativem Besitz gewesen. Jetzt aber ist ein frischer liberaler Zug in der dortigen Wählerschaft zu spüren. In dem Hamburger Rechtsanwalt Dr. Heckscher haben die Liberalen einen rührigen, redegewandten und schlagfertigen Kandidaten. Der bisherige Inhaber des Mandates, Graf v. Schwerin-Löwitz, dürfte es nicht leicht haben, sein Mandat zu behaupten.

Im Wahlkreise Pyritz-Saatzig, den jetzt der erste Vorsitzende des Bundes der Landwirte, Freiherr v. Wangenheim, vertritt, der aber bekanntlich sich aus dem parlamentarischen Leben vollständig zurückziehen will und eine Kandidatur nicht wieder übernommen hat, stehen die Dinge für die Liberalen ebenfalls günstig. Aller Voraussicht nach fallen durch das Auftreten des antisemitischen Pastors Krösell, der mit seiner skrupellosen Agitation einen Abstwardt fast noch übertrumpft, die Konservativen am 16. Juni gänzlich aus, und eine Stichwahl zwischen dem Antisemiten und dem liberalen Kandidaten dürfte das Ergebnis sein. Der letztere ist der im Pyritzer Kreise angesessene, hoch angesehene Rittergutsbesitzer Schulze-Billerbeck.

Auch der Wahlkreis Kolberg-Köslin-Bublitz, der im Jahre 1887 und von 1895 bis 1898 schon liberal vertreten gewesen ist, dürfte den Konservativen verloren gehen. Dort kandidiert diesmal Dr. Th. Barth, auf dessen Sieg man eingestandenermaßen sich in konservativen und Regierungskreisen bereits gefaßt gemacht hat.

Der Wahlkreis Stolp-Lauenburg, der, wie die Arbeit der Wahlprüfungskommission erwiesen hat, fünf Jahre zu Unrecht einen konservativen Vertreter gehabt hat, hat sich den aus seiner früheren parlamentarischen Tätigkeit wohlbekannten Rittergutsbesitzer C. Willbrandt als liberalen Kandidaten erwählt. Die Liberalen, die auch diesen Kreis früher schon einmal besessen haben und im Jahre 1893 gegenüber den Konservativen nur mit fünf Stimmen unterlagen, hoffen diesmal den Wahlkreis zu erobern.

Auch in den übrigen nicht genannten pommerschen Kreisen sind die Liberalen tätig, wenn auch in diesen vorläufig auf einen Erfolg nicht zu hoffen ist.

Jedenfalls beweist die vorhandene Stimmung, daß in ganz Pommern der liberale Gedanke Boden gefaßt hat und sich gerade jetzt mehr denn je regt und rührt. Hoffen wir, daß es dem Liberalismus gelingt, in Pommern zu den vier in seinem Besitz befindlichen Kreisen noch einige weitere zu erobern.

---

* Das **Centrum** tritt jetzt gleichfalls mit seinem **Wahlaufruf** hervor. Aus dem sehr sorgfältig gearbeiteten Schriftstück, das alle größeren Aufgaben des künftigen Reichstages berücksichtigt, ist besonders hervorzuheben, daß das Centrum mit einer nahe bevorstehenden Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes nicht mehr rechnet. Es wird dazu gesagt:

„Dank unserem Toleranzantrage sind wenigstens in einzelnen Bundesstaaten Bestimmungen gefallen, welche, dem Geiste religiöser Bevormundung und Unduldsamkeit vergangener Jahrhunderte entsprungen, den Grundsätzen des modernen Staatslebens unterschrechen. Dagegen ist es leider noch immer nicht gelungen, die Reste der unseligen Kulturkampfgesetzgebung zu beseitigen, ja auch nur eine Bresche zu legen in das gehässige Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten und andere katholische Orden. Mit